

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Zur Landtagswahl.

Fortschrittliche Kandidaten

für Insterburg-Gumbinnen.

Am gestrigen Sonntag fand in Insterburg eine Versammlung der Vertrauensmänner der Fortschrittlichen Volkspartei des Wahlkreises Insterburg-Gumbinnen ihre Entschlüsse zur Landtagswahl. An der Versammlung, die auch von Parteigästen gut besucht war, nahmen vom Vorstand des ostpreussischen Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei der Vorsitzende Stadtrat Ost-Königsberg und Chefredakteur Listowsky-Königsberg teil. Es wurde einstimmig beschlossen, als fortschrittliche Landtagskandidaten für den Wahlkreis Insterburg-Gumbinnen die Reichstagsabgeordneten Siehr-Insterburg und Wartschat-Königsberg aufzustellen. Die Aussprache ergab, daß im ganzen Wahlkreis mit aller Kraft und mit guten Aussichten die Wahlbewegung ins Werk gesetzt werden ist. Die Nuffstellung der Kandidaten fand allgemeinen Beifall. Reichstagsabgeordneter Rechtsanwalt Siehr-Insterburg ist im ganzen Wahlkreis durch die bejonnene und energische Art seines politischen Wirkens, das sich auf die genaueste Kenntnis der Bedürfnisse des Wahlkreises und der Gesamtlage stützt, der gegebene Vertreter für den Landtag. Nicht minder wird die Bereitwilligkeit des Reichstagsabgeordneten Wartschat zur Uebernahme der zweiten Kandidatur für Insterburg-Gumbinnen dankbar anerkannt; man vertritt sich von diesem gründlichen Kenner unserer Provinz- und aller Mittelstandsfragen eine besondere Zugkraft für die Wähler. Die Berichte aus den einzelnen Orten des Wahlkreises, in denen bereits Wahlversammlungen abgehalten wurden, ergaben überall die beste Stimmung bei den Parteigenossen und einen Zuwachs neuer Kräfte aus der Wählerschaft. Weitere Wahlversammlungen auch in den Hauptstädten des Wahlkreises werden in den beiden kommenden Wochen veranstaltet werden. Wenn bei den Urwahlen neben den fortschrittlichen Wahlmännern, die nach den Erfahrungen von 1908 die Mehrheit der liberalen Wahlmännerschaft bilden werden, auch die Nationalliberalen eine genügend große Zahl von Wahlmännern durchsetzen, so darf der ostpreussische Liberalismus die Erwartung hegen, daß es möglich sein wird, außer der Erhaltung des bisherigen Bestandes der liberalen Parteien in Königsberg, in Tilsit-Niederung, Rempel-Hebding und in Insterburg-Gumbinnen weitere liberale Erfolge zu erreichen.

Eine Versammlung von nationalliberalen Vertrauensmännern des Wahlkreises Insterburg-Gumbinnen tagte gestern ebenfalls in Insterburg. Als nationalliberale Kandidaten für die Landtagswahl wurden dabei die Herren Renier Peter Vormauer-Königsberg und Postwermöller Wegner-Norkitten aufgestellt. Auch in dieser Versammlung äußerte sich gutes Vertrauen zu dem Resultat, das sich erzielen lassen wird.

Der Wahlausruf der Deutsch-Konservativen. Auch die Altkonservativen haben sich jetzt mit einem Wahlausruf eingestellt. Wie so ein altkonservativer Wahlausruf aussieht, weiß man ungefähr, ohne ihn vorher gesehen oder gelesen zu haben. „Unser gutes, altes Preußen“ muß geschützt werden gegen Liberalismus und Demokratie. Das gut, alte Preußen ist im Sinne der Konservativen natürlich niemals etwas anderes als die konservative Partei. Die ganze preussische Politik darf demnach nur den einen Zweck haben, die Konservativen an der Macht zu erhalten. Das ist der ebenso einfache als bescheidene Haupt-, Grund- und Staatsgedanke des konservativen Wahlausrufs. Darum wird zum Kampf ums Wahlrecht u. a. auch gesagt:

Es gilt, wertvolle Güter zu verteidigen, vor allem auch unser bewährtes Wahlrecht zu schützen. Was es in Einzelheiten verfassungsrechtlich ist — andere Wahlrechte haben zweifellos mehr Mängel — man soll also doch da erst anfangen. In seinen Grundgedanken ist unser preussisches Wahlrecht gut; es stützt das Wahlrecht ab nach dem Maßstabe von Leistungen und Pflicht, es verhindert eine wilde Agitation, wie sie die Begleiterscheinung der direkten und der geheimen Wahl ist, es gibt dem Mittelstand einen überwiegenden Einfluß gegenüber dem Massenwahlrecht des Reichstages. Auch den Wünschen der Liberalen, durch Neueinteilung der Wahlkreise das platte Land und die kleinen Städte im Interesse der Großstädte politisch zu entrechten, widersprechen wir mit Entschiedenheit. Wähler des platten Landes und der Kleinstädte merkt also auf: Die Liberalen wollen euch euer Wahlrecht verfürzen! Wir aber wollen es verteidigen.

Eine nette Verdrehung der Tatsachen. Die Wähler des platten Landes und der Kleinstädte sind so sehr von dem Wert des Dreiklassenwahlrechts überzeugt, daß sie es lieber meist vorziehen, sich zur Partei der Nichtwähler zu schlagen. Was die Konservativen mit dem Hinweis auf „andere Wahlrechte mit mehr Mängeln“ meinen, ist klar genug. Nach einer Verschlechterung des Reichstagswahlrechts steht ihr Sinn und nicht nach einer Reform der Dreiklassenwahl.

Die Nationalliberalen, die jetzt im Abgeordnetenhaus 66 Vertreter haben, stellen nach einer Kandidatenliste, die amtlich veröffentlicht wird, in 123 Wahlkreisen 150 Kandidaten auf. — In den meisten Wahlkreisen gehen die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei gemeinsam vor. In fünf Wahlkreisen, die gegenwärtig von der Fortschrittlichen Volkspartei vertreten werden, haben die Nationalliberalen Gegenkandidaten aufgestellt: in Berlin XII, in Hensburg, Altona, Kiel und Frankfurt a. M.

Konservative Kandidaten. Im Wahlkreis Sensburg-Ortelsburg sind von den konservativen Kreisvereinen die jetzigen Abgeordneten Landrat v. Köhne-Ortelsburg und Rittergutsbesitzer v. Bieberstein-Bojeme für die bevorstehende Landtagswahl wieder als Kandidaten aufgestellt worden. — In Dt. Eylau fand gestern, wie uns von dort geschrieben wird, eine konservative Wahlerversammlung statt, die aus der Stadt selbst nur sehr schwach besucht war. — Abg. v. Conrad-Fronza erklärte, daß er von seiner Kandidatur nicht zurückgetreten sei. Abg. v. Kardorff-Gissa sprach über die innere und äußere politische und wirtschaftliche Lage. In der Debatte trat der Parteiführer der nationalliberalen Partei aus Graudenz den konservativen Rednern mit Entschiedenheit entgegen.

Schule und Landtagswahl. Die Regierung zu Königsberg veröffentlicht im „Amtlichen Schulblatt“ für den Regierungsbezirk eine Verfügung, in der angeordnet wird, daß „überall da, wo aus Mangel an geeigneten Räumen Gelegenheit der Wahl der Wahlmänner für die Abgeordnetenwahl des Landtages als Wahllokal bestimmt wird, in diesem am Wahltag (16. Mai b. Zs.) die Unterrichts-

erteilung ausgesetzt wird. Weiter heißt es in der Verfügung: „Diejenigen Herren Lehrer, welche zum Wahlvorsteher bzw. dessen Stellvertreter oder zum Mitgliede des Wahlvorstandes ernannt werden, sind am Wahltag dienstfrei.“

Eine liberale Lehrerkundgebung. Aus Danzig, 27. April, wird uns geschrieben: Eine große politische Kundgebung zugunsten der liberalen Landtagskandidaten des Wahlkreises veranstalteten am Sonnabend die Danziger Lehrer. Sie hielten eine stark besuchte Versammlung ab, in der Lehrer Jaffe mit den nichtliberalen Parteien abrechnete. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“, hieß es von den Parteien, die vorgeben, das Gute zu wollen, aber das Schlechte schaffen.

In seinem Referat meinte der Redner ferner, daß er heute die gleichen Bedingungen und Forderungen aufstellen könne wie bei der Wahl vor fünf Jahren, was beweise, daß bisher noch keine der alten Forderungen erfüllt worden sei. An Hand der Programme der einzelnen Parteien bewies der Referent, daß nur die Fortschrittlichen und jetzt die Fortschrittler ein Herz für die Lehrerhaft gehabt und noch haben. Er sprach auch von den hohen Unterrichtsziffern in den Schulen in Westpreußen und Polen und prägte hierfür den Ausdruck „Kulturhand“. Hier müßte die Ostmarkenpolitik einlehen, um diesen Zuständen ein Ende zu machen. Am Schluß des dreistündigen Vortrages wurden die Lehrer aufgefordert, mit der Vierpartei politisch aufzutreten und am 16. Mai die liberalen Wahlmänner zu wählen. Von den liberalen Landtagskandidaten waren Kommerzienrat Müntzberg und Rechnungsrat Schmiljan anwesend; sie gaben den Lehrern befriedigende Erklärungen ab; der dritte Kandidat, Reichstagsabg. Weinbauer, der nicht anwesend sein konnte, tat dies schriftlich.

„Geduld“ oder doch keine?

„Geduld!“ Die neueste Balkankrise soll folgende Lösung finden: Dem König Nikita wird abgemahnt mit aller Deutlichkeit zu Gemüte geführt, daß er aus Skutari wieder heraus muß. Weil aber dieser Beschluß der Mächte unabänderlich ist, liegt nicht der geringste Grund vor, ihn durchzuführen. Das Ansehen der Mächte steht zu hoch, als daß es respektiert zu werden braucht. Es geht die Mächte gar nichts an, wenn Nikita in Skutari bleibt. Oesterreich hat aber verlangt, daß seitens der Mächte irgend etwas gegen den ungebärdigen Tschernagorzenfürsten geschieht. Diesem Ansinnen wird in einer Weise entsprochen werden, die alle Teile befriedigt. Ebenso einfach wie sinnreich. Man wird etwas gegen Nikita unternehmen, aber nur etwas, das ihm nicht unangenehm ist. Telegramme aus Paris und Rom melden dem „A. V. M.“:

Man erwartet, daß die Vorkonferenzunion beschließen werde, eine Truppenlandung in Antivari und Dulcigno zu gestatten, falls Montenegro nicht in angemessener Frist Skutari zu räumen verspricht. Da die Mächte der Vorkonferenzunion diesem Beschluß zustimmen, dürfte Oesterreich weitergehende Anträge fallen lassen. Wahrscheinlich wird man sich überzeugen, daß es gelingen werde, Oesterreich von einer isolierten Aktion gegen Montenegro abzuhalten und König Nikita durch einige weitere Zwangsmaßnahmen zur Räumung Skutaris zu bewegen, wozu es allerdings wohl noch einiger Zeit bedürfen wird. Eine hervorragende, dem montenegrinischen König nachstehende Persönlichkeit soll mit einer Spezialmission nach Cetinje unterwegs sein.

Der russische Gesandte Hartwig in Belgrad soll erklärt haben, Montenegro sei zu klein, um eine selbständige Politik zu machen. Es müßte sich den gemeinsamen slawischen Interessen des Balkans unterordnen und sich mit dem Erfolg begnügen, daß es den territorialen Anschluß an ein mächtig gewordenes Serbien hat. Auf diese Weise brauche es seinen Anspruch auf Skutari für die Zukunft nicht aufzugeben. Wenn das von dem russischen Gesandten auch nicht gerade diplomatisch und für die Zukunft beruhigend war, offen war es. Gleichwohl werden die Oesterreicher mit sich reden lassen. Sachte zeigt sich schon eine Mislerung ihrer Sprache an. Ein Telegramm der „Voss. Ztg.“ aus Wien hat folgenden Wortlaut: Die Nachrichten des Pariser „Temps“, daß Rußland im Ministerium des Aussen in Wien eine Verbalnote überreicht habe, in der es im Hinblick auf die drohende Verwicklung ersucht worden sei, eine Aktion gegen Montenegro nicht zu übeln, wird von unterrichteter Seite in dieser Fassung für unrichtig erklärt. Dagegen wird angegeben, daß sowohl Herr Sazonow in Petersburg als auch der russische Vorkonferenz Herr v. Giers in Wien sich in der letzten Zeit in verschiedenen Rücksprachen mit maßgebenden Persönlichkeiten in ähnlicher Weise geäußert haben. Es geschah das aber nicht in der Form einer Verbalnote. Des guten Einbruchs wegen vertritt der Gewährsmann zum Schluß aber nicht zu benehmen: „Der nach russischer Ueberlegung zustande gekommene Beschluß Oesterreich-Ungarns in der Skutarifrage steht trotzdem unabänderlich fest. Eine gegenseitige Ansicht kann darauf keine, wie immer geartete, Änderung oder gar aufhebende Wirkung haben.“ — „Geduld!“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“

schreibt: „Die Kapitulation von Skutari hat an dem Standpunkt der Mächte, wonach diese Stadt bei der Neuordnung der Verhältnisse am Balkan Albanien zugewiesen wird, nichts ändern können. Die Mächte haben diesen ihren Standpunkt in erneuten Verhandlungen bestätigt und es steht ein gemeinsamer Schritt unmittelbar bevor, durch den Montenegro zur Räumung Skutaris aufgefordert werden wird. Für den Fall, daß dieser Schritt erfolglos bleiben sollte, werden unter den Mächten weitere Maßnahmen erwogen.“ Das hatte bereits Staatssekretär von Jagow im Reichstage ausgeprochen.

Sekundieren wir in Deutschland?

V. Berlin, 28. April. (Originaltelegramm.) Die energische Sprache, die man seit Sonnabend in Wien führt, hat in der Wilhelmstraße auch einen starken Eindruck gemacht, und man erklärt hier offen, daß man das Vorgehen der Donaumonarchie für völlig berechtigt hält, es auch dann für berechtigt halten würde, wenn Oesterreich zu den Waffen greifen sollte. Die Entschcheidung ist natürlich vor der heute Nachmittag stattfindenden Sitzung der Londoner Vorkonferenz nicht zu erwarten. Denn Oesterreich würde die moralische Verantwortung für ein selbständiges Vorgehen nicht übernehmen können, solange die Londoner Vorkonferenz nicht verlagert hat. Sollte dies jedoch geschehen, sollte die Konferenz versuchen, die Erledigung der Skutarifrage wieder auf die lange Bank zu schieben, so wird Oesterreich, davon ist man hier fest überzeugt, seinen Worten auch Taten folgen lassen. Die Entschcheidung darüber wird, wie gesagt, heute Nachmittag erfolgen, und man kann eventuell bereits für morgen ein selbständiges Vorgehen von Oesterreich-Ungarn erwarten. Welche Rückwirkung dies auf die anderen Großmächte haben würde, darüber läßt sich natürlich zurzeit noch nichts Bestimmtes sagen.

r. Wien, 28. April. Wie die Morgenblätter berichten, werden seit Donnerstag zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien Verhandlungen über einen eventuellen Einmarsch in Montenegro geführt. Man nimmt in diplomatischen Kreisen an, daß das gemeinsame Vorgehen beider Staaten die heutige Londoner Vorkonferenz beeinflussen und die Lösung der Skutarifrage im günstigsten Sinne fördern werde. Diese Beratungen über die Aktion gegen Montenegro und die Verständigung mit Italien beschäftigen auch die Konferenzen, die am Sonnabend und Sonntag in Wien stattfanden.

Albanien ein Königreich unter Essad und dem Halbmond.

Während die Großmächte schwer und bedächtig darüber brüten, wie die albanische Frage zu lösen wäre, hat sie sich, fed und Kraft eigener Machtvollkommenheit der von Nikita „besiegte“ Verteidiger Skutaris, der türkisch-albanische General Essad Pascha, schon gelöst. Was gestern noch als Gerücht erschien, hat heute die Glaubwürdigkeit der Wahrheit. In bestimmter Form liegt die Nachricht vor:

Essad Pascha hat im Einvernehmen mit Schahid Pascha ein autonomes Königreich Albanien unter der Souveränität des Sultans proklamiert.

Den Streich Essads für sich betrachtet, muß man sagen, er ist eine glänzende Leistung. Ein türkischer General gibt das letzte Bollwerk der Türkei preis, um den letzten Zipfel europäischen Landes für den Halbmond zu retten. Und damit sich niemand ein Kopfschütteln wegen der Belohnung für das Meißnerstück zu machen braucht, sichert er sich die Belohnung gleich selbst. Essad hat eigentlich alles, was man von einem künftigen Albanienfürsten erwarten darf: Kenntnis des Landes, denn er ist Albanier; Autorität, denn er war türkischer General, der ruhmreiche Verteidiger der Festung Skutari und ein Schlaupatz, als er sie übergab; Geld, denn er hat ausgedehnte Besitzungen, und zum Schluß Macht, denn Nikita war so gütig, ihn mit allen Truppen und Waffen lustig davon ziehen zu lassen. Wieviel soll Essad ein schlechteres Recht haben, eine Königskrone zu tragen als Nikita. Unter diesen Umständen darf man auch nicht ganz achtlos an einer Anzahl von Gerüchten vorbeigehen, die über Skutari und Essad verbreitet werden.

Die südslawische Korrespondenz in Wien meldet:

Nunmehr bekannt werbende Einzelheiten deuten darauf hin, daß die Situation Essad Paschas in Skutari keineswegs derweilert war, daß er noch über Munition verfügte, auch der Proviant für die Truppen nicht erschöpft und außerdem die Garnison Skutaris den montenegrinischen Truppen an Zahl überlegen war. Im Zusammenhang mit diesen Meldungen, gewinnen jetzt Andeutungen von montenegrinischer Seite an Wahrscheinlichkeit, daß Essad Pascha schon am letzten Sonntag oder Montag ein Abkommen mit dem König von Montenegro getroffen habe, Skutari nach einem letzten Scheinkampf zu räumen. Essad Pascha soll nun beabsichtigen, sich mit Schahid Pascha, welcher mit etwa 15000 Mann bei Fieri unweit Salona liegt, zu vereinigen, um entsprechend den Wünschen des türkischen albanischen Komitees in Konstantinopel ein unter türkischer Souveränität stehendes Albanien mit einem mohammedanischen Fürsten an der Spitze zu errichten.

In Wiener unterrichteter Stelle wird allerdings betont, daß diese Pläne einer militärischen Aktion der türkischen Truppen keinen Erfolg haben könnten, insbesondere angesichts des jammervollen Zustandes der Truppen Schahid Paschas, wegen deren Rücktransport sich die Türkei bereits an Oesterreich-Ungarn und Italien gewandt habe. Die türkischen Angaben über eine Belagerung Salonas durch Schahid Pascha mit seinen Truppen sind konjularberichten zufolge unrichtig.

r. London, 28. April. Dem „Daily Telegraph“ wird aus Cetinje telegraphiert: Essad Pascha hat sich zum unabhängigen Fürsten von Albanien ausrufen lassen und dringt mit seinen Truppen langsam in das Innere vor. In Alessio wurde er von der Bevölkerung begeistert empfangen. Große Festlichkeiten haben ihm zu Ehren stattgefunden. Nachts wurden auf den Bergen Freudenfeuer angezündet. Die Albanesen kommen von den Bergen nach der Stadt, um ihren neuen Herrn zu begrüßen und wurden festlich bewirtet. Die städtische Artillerie gab Ehrensalven zu Ehren ihres neuen Fürsten ab. Heute wird Essad Pascha nach Tirana weitermarschieren.

r. Rom, 28. April. Nach Meldungen aus Albanien herrscht in den Gebieten Albanien, die von serbischen und türkischen Truppen geräumt sind, vollständige Anarchie. In den Küstenstädten ist Raub und Mord an der Tagesordnung. Die fremden Konsuln haben von ihren Regierungen die Entsendung von Truppencontingents verlangt, da das Leben der dort anässigen Europäer bedroht ist.

Verzicht des Herzogs von Montpensier.

r. London, 28. April. Der bisherige albanische Kronprinzent, der Herzog von Montpensier, soll, wie erklärt wird, auf jeden Anspruch auf den albanischen Fürstenthron verzichtet haben.

Dieser Entschluß ist dem Herzog von Montpensier umso höher anzuschlagen, als ihm was anderes nicht übrig blieb.

Wichtige Konferenzen bei Kaiser Franz Josef.

Am Wien wird uns gedruckt: Am Sonnabend weilten von 7 Uhr abends bis 8 Uhr 50 Minuten abends der Minister des Aussen Graf Berchtold und der Chef des Generalstabs Freiherr Conrad v. Höfendorff beim Kaiser in Schönbrunn. Der Kaiser pflegt sonst um 8 Uhr schlafen zu gehen. Am Sonntag vormittag hat Kaiser Franz Josef dem Erzherzog-Kronfolger Franz Ferdinand in längerer Audienz empfangen.

Das Programm der Finanzkonferenz.

Paris, 28. April. Es heißt, daß von der französischen Regierung für die internationale Finanzkonferenz aufgestellte Programm enthalte vier Punkte. Der erste Punkt betreffe den von den Balkanverbündeten zu übernehmenden Anteil der türkischen Staatsschuld, der zweite die Bürgschaften für die Gläubiger der Türkei, falls dieser Anteil nicht unverzüglich bar ausgezahlt werde, der dritte die von der Türkei in den von den Alliierten annektierten Gebieten bewilligten KonzeSSIONen und der vierte die Geldforderung der Balkanstaaten.

Die neuesten guten Vorzüge der Türkei.

r. London, 28. April. Ueber die Reformen, die die türkische Regierung nach Feldzugsabschluss auszubauen gedenkt, erfährt der Daily Telegraph aus Konstantinopel folgendes: Die türkische Regierung beabsichtigt in allen Ministerien mit Ausnahme des Ministeriums des Aussen und des Kultusministeriums fremde Beiräte anzustellen. Im Kriegsministerium wird ein deutscher General die Arbeit des Pascha von der Goltz fortsetzen. Auch im Ackerbau-Ministerium wird sich voraussichtlich ein deutscher Beirat befinden. Im Ministerium des Innern wird ein Engländer vertreten sein, desgleichen wird die